

## Inhalt

<b>Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 5, Dezember 1938</b> .....	<b>1</b>
DER GENERALSTREIK VOM 30. NOVEMBER IN FRANKREICH .....	1
NATIONALISMUS .....	2
IN NORDFRANKREICH .....	3
DER ABRUCH DER WILDEN BEWEGUNG.....	3
DIE NIEDERLAGE.....	4
DUMMHEIT DER C.G.T.? .....	4
DER PROZESS GEGEN DIE P.O.U.M. ....	5
DIE POLITISCHE LINIE DER P.O.U.M. ....	6
DIE TEILNAHME DER P.O.U.M. AM BÜRGERKRIEG.....	6
DER MAI-KAMPF.....	7
DIE KOMMUNISTISCHE LESART DER MAI-EREIGNISSE.....	8
DIE ANKLAGESCHRIFT .....	8
DIE VERTEIDIGUNG.....	12
EIN PROTEST .....	12
DIE JAPANISCHE ARBEITERKLASSE (Fortsetzung von Nr. 4).....	13
DIE JAPANISCHEN LÖHNE.....	13
DER JAPANISCHE ARBEITER ALS „KAPITAL“ .....	14
DIE STREIKS.....	15
DIE POLITISCHEN PARTEIEN.....	16
ZUSAMMENFASSUNG.....	17

## Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 5, Dezember 1938

### DER GENERALSTREIK VOM 30. NOVEMBER IN FRANKREICH

Seit 1934 ist Frankreich von einer fast ununterbrochenen Streikwelle heimgesucht worden. Die Massenbewegung erreichte 1936 ihren Höhepunkt, und im Laufe dieses Jahres gelang es fünf Millionen Arbeitern, ihre Arbeitsbedingungen durch Streiks mit Betriebsbesetzungen zu verbessern. Die Ergebnisse waren vor allem eine 20-prozentige Lohnerhöhung, die 40-Stunden-Woche, eine Woche bezahlter Urlaub und die Anerkennung von Betriebsvertretern, was eigentlich die Anerkennung der Gewerkschaften bedeutete. Auf politischem Gebiet gelang es den so genannten Arbeiterparteien und Gewerkschaften, sich durch die Besetzung von Ministerposten eine gewisse Macht zu sichern, ohne dass sie jedoch in der Lage waren, die reale Macht des Kapitals zu untergraben. Ihre Tätigkeit bestand darin, die von den Arbeitern in den Betrieben erzielten Errungenschaften offiziell gesetzlich zu verankern.

Nach 1936 sehen wir jedoch, wie sich die besitzende Klasse Frankreichs allmählich von ihrer Niederlage erholt, indem sie die Parteien der Volksfront zurückdrängt, die so genannten sozialistischen Minister aus der Regierung ausschließt, einen heftigen Angriff auf die revolutionären Arbeiter fortsetzt, sie aus den Betrieben wirft und sie, wenn möglich, durch Faschisten ersetzt. Der Generalstreik vom 30. November 1938 ist also keine Episode eines sich ständig entwickelnden Kampfes der Arbeiter, er ist nicht Teil eines allgemeinen Angriffs auf die besitzende Klasse, er ist eine Episode des Rückzugs der Arbeiter in den letzten Jahren. Es ist wichtig festzustellen, ob eine Arbeiterbewegung in die Periode des Aufschwungs oder des Abschwungs der Klassenbewegung fällt, denn dies ist von großer Bedeutung für das Entstehen neuer Konzepte und neuer Kampfmethoden. Eine Erneuerung der Meinung kommt erst dann zustande, wenn das Scheitern der Alten in der breiten Masse angekommen ist. Für Frankreich bedeutet dies, dass die scheinbaren Erfolge des

Parlamentarismus und der Gewerkschaftsbewegung erst im Laufe des Kampfes nach 1934 auf ihre wahre Bedeutung reduziert werden konnten.

## NATIONALISMUS

Der Ausgangspunkt für die Unterdrückung der Arbeiter durch die Bourgeoisie war „die deutsche Drohung“, „der Faschismus“, die „nationale Verteidigung“.

Die so genannte „Arbeiterbewegung“ wetteiferte mit der Bourgeoisie darum, wer die besten und zuverlässigsten Kämpfer für ein „freies und unabhängiges Frankreich“ und wer die besten „Patrioten“ seien. Aber sowohl die Bourgeoisie als auch die „Arbeiterbewegung“ waren sich völlig einig, dass „Ordnung, Frieden und Arbeit“ die notwendigen Bedingungen waren, um Frankreich „widerstandsfähig“ zu halten oder zu machen. Die Politik der so genannten Arbeiterbewegung zielte also nicht darauf ab, den immer wieder aufflammenden wilden Streiks gegen die strukturierten Angriffe einen größeren oder tieferen Inhalt zu geben, sondern im Gegenteil darauf, solche Bewegungen so schnell wie möglich einzuschränken und zu beenden, um der „nationalen Produktion“ so wenig Schaden wie möglich zuzufügen. Immer wieder verlagerte sie den Kampf der Arbeiter von den Betrieben ins Parlament oder in die Gewerkschaftsbüros. Getrennt von der Bewegung der Massen entglitt den „Arbeiter-führern“ jedoch gleichzeitig die gesamte parlamentarische Macht, bis die Bourgeoisie wieder ausreichend im Sattel saß, um ihre Niederlage von 1936 ungeschehen zu machen. Nachdem sie sich die Möglichkeit gesichert hatte, durch „Notverordnungen“, d.h. praktisch außerhalb des Parlaments, zu regieren, kündigte sie die Abschaffung der 40-Stunden-Woche sowie neue hohe Steuern an, die den breiten Massen auferlegt werden sollten. Nimmt man noch die allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit der „Nichteinmischungspolitik“ in Spanien und den freundschaftlichen Beziehungen zu Hitler-Deutschland hinzu, so hat man den allgemeinen Boden, auf dem die wilde Massenbewegung entstand, die am Montag, dem 21. November, in Paris und Nordfrankreich ausbrach und am Mittwoch, dem 23. November, auf Rouen übergriff.

### *DIE WILDE BEWEGUNG IN PARIS*

Wie bereits erwähnt, begann der Kampf gegen die „Notstandsverordnungen“ als eine wilde Bewegung in Paris. Obwohl die Mehrheit der Beschäftigten in der Großindustrie seit 1936 gewerkschaftlich organisiert ist, ging dieser Streik keineswegs von den Gewerkschaften aus. Dies zeigt sich zum Beispiel schon an der Art und Weise, wie sich die Streikfront entwickelt hat. Der Streik breitete sich von einem Betrieb zum anderen aus, ohne dass die Gewerkschaften eine Entscheidung getroffen hätten.

Am Montag, dem 21. November, kündigte die Leitung der Hutchinson-Werke (Autoreifen) in Paris in der Fabrik an, dass die Notverordnung zur Verlängerung der Arbeitszeit in Kraft gesetzt werde. Unmittelbar danach traten die Arbeiter in den Streik und besetzten die Fabrik. Wir wissen nicht, ob Delegationen von Streikenden in andere Fabriken geschickt wurden, um zur Solidarität aufzurufen, aber auf jeden Fall griff der Streik bereits einige Stunden später am Mittag auf die Kuhlman-Werke (Chemie) über, die ebenfalls besetzt wurden. Am Dienstag und Mittwoch setzte sich die Bewegung fort, wenn auch nicht mit großer Kraft. Mehrere Betriebe wurden besetzt. Die Größe der Bewegung zu dieser Zeit ist nicht bekannt. In der Regierungsmitteilung vom Donnerstag, dem 24. November, wird berichtet, dass bis Mittwoch 10 Betriebe mit insgesamt 5000 Beschäftigten besetzt worden waren. Nun schätzen wir den Wahrheitsgehalt der Regierung in diesem Punkt nicht sehr hoch ein, und es mögen noch viele mehr gewesen sein, aber es ist sicher, dass die Bewegung für eine Millionenstadt wie Paris nicht groß war. Es garte jedoch reichlich. Das harte Vorgehen von Polizei und Gendarmerie gegen die Streikenden löste mehr Verbitterung als Angst aus. Am Donnerstag zum Beispiel begannen Eisenbahner in Pariser Bahnhöfen zu demonstrieren, woraufhin die Polizei einen Grund fand, die Demonstranten zu verprügeln und 60 Eisenbahner zu verhaften. Dies trägt zur allgemeinen Gärung bei, und am Donnerstagabend tritt die Belegschaft der Renault-Werke (30.000 Mann) in den Streik, während der Betrieb gleichzeitig besetzt wird.

In Paris gab es keine weitere Expansion. Wie wir später sehen werden, übernahmen die Gewerkschaften am Freitag die Kontrolle über die Bewegung, und eine Niederlage war unvermeidlich.

### *DIE RÄUMUNG DER BETRIEBE*

Die Besetzung dauerte nie länger als ein paar Stunden. Unmittelbar nach der Besetzung kamen Polizei und Militärpolizei, um die Betriebe zu räumen, was praktisch ohne Widerstand geschah. Nur in den Renault-Werken haben die Arbeiter beschlossen, sich zu wehren. Sie verbarrikadierten die Eingänge zu den Fabriken, aber sie waren der gewaltigen Militärmacht nicht gewachsen. 1000 Polizisten und 2500 Militärpolizisten brachen die Tore auf und warfen Tränengasbomben in die Fabrikhallen. Die unbewaffneten Massen konnten dagegen wenig ausrichten. Und das Anzünden der neuen Autos, das Entleeren der Benzintanks kann eher als Ausdruck ohnmächtiger Wut denn als wirkliche Verteidigung angesehen werden. Die Kämpfe dauerten

sieben Stunden, in denen 525 Arbeiter verhaftet und etwa 20 verwundet wurden. „Um 1 Uhr nachts hatten die Streitkräfte die Betriebe erobert.“

## IN NORDFRANKREICH

In den Metall- und Kohleregionen Nordfrankreichs entwickelte sich ebenfalls eine spontane Bewegung, die sich von Tag zu Tag rasch ausbreitete. Am Montag, dem 21. November, wurden nur zwei Fabriken bestreikt: die Kuhlman-Fabriken (dieselbe Firma wie in Paris) und die Metallfabrik in Creil wurden besetzt. Die Bergarbeiter schlossen sich ihnen am Dienstag an und besetzten fünf Schächte, während die Galvanisieranlage in Creil ebenfalls besetzt wurde (kleine Fabrik mit 180 Mann). Der Mittwoch bringt eine große Anzahl von neuen Erweiterungen bei Firmenbesetzungen. In einem Kommuniqué der Regierung vom Donnerstag heißt es, dass bis Mittwoch 25 Betriebe in Nordfrankreich mit insgesamt 12.000 Beschäftigten besetzt wurden. Am Donnerstag kommt es zu einer weiteren wichtigen Erweiterung, denn 1200 Eisenbahner in Lille streiken. Auch am Freitag werden neue Ausdehnungen gemeldet, und nach Angaben des Nieuwe Rotterdamse Courant erreicht die Zahl der Streikenden 51.000. Damit ist die größte Ausdehnung erreicht, und im Laufe der nächsten Woche bricht die Bewegung in größter Verwirrung auseinander.

### *DIE RÄUMUNG IN NORDFRANKREICH*

Die Bewegung in Nordfrankreich war für die besitzende Klasse viel gefährlicher als in Paris. Auch hier verlief die Räumung der Betriebe durch die Polizei und das Militär ohne großen Widerstand. Doch immer wieder wurden die Betriebe nach ihrer Räumung wenige Stunden später erneut besetzt, während die Streikenden versuchten, den Truppentransport zu behindern, indem sie die Bahngleise zerstörten. Wie ernst es der Regierung mit dieser Situation war, lässt sich an den von ihr ergriffenen Maßnahmen ablesen. Die Eisenbahnlinie Anzin-Belgien wurde von der Regierung stillgelegt, um die Lieferung von Lebensmitteln in das Streikgebiet zu unterbinden und die Streikenden am Transport der Kohle zu hindern. Die streikenden Eisenbahner und Bergarbeiter wurden „[im Militärdienst] mobilisiert“, so dass Streiks nun Dienstverweigerung bedeuteten. Aber auch diese Spielerei nützte nichts, so dass sich das Kriegsgericht in großer Eile nach Norden begab, um die Streikenden vor ein Kriegsgericht zu stellen. Aber auch dies konnte den Streik nicht brechen.

### *IN ROUEN*

Über die Bewegung in Rouen sind nur wenige Einzelheiten bekannt. Die Streikbewegung breitete sich am Mittwoch, den 23. November, auf dieses Gebiet aus und schloss auch die Chemie- und Erdölbetriebe ein. Nach der Regierungsmitteilung vom Donnerstag waren dort 19 Betriebe besetzt und geräumt worden.

## DER ABRUCH DER WILDEN BEWEGUNG

Auf den ersten Blick ist es unerklärlich, warum die wilde Bewegung, die sich Tag für Tag ausweitete, nach dem Freitag praktisch zum Stillstand kam. Die Maßnahmen der Regierung können dafür sicherlich nicht verantwortlich gemacht werden. Denn es waren gerade die Strafmaßnahmen der Regierung, die die Entwicklung der Bewegung beschleunigten. Aber was die Regierung nicht konnte, konnten die Gewerkschaften und die „sozialistischen“ Parteien sehr gut erledigen. Durch das eigenständige Handeln der Massen wurden die Gewerkschaften extrem verwirrt. Es sei daran erinnert, dass die französische Gewerkschaftsbewegung erst nach 1936 zu einer echten Massenorganisation wurde. Die Vorstände der lokalen Sektionen setzen sich also noch nicht aus bezahlten Beamten, sondern hauptsächlich aus Arbeitern des Betriebes zusammen. Dies erklärt, warum die lokalen Gewerkschaften diese wilden Bewegungen oft direkt unterstützen (in Frankreich gibt es so gut wie keine Streikgelder). Aber bei den nationalen Gewerkschaften und erst recht beim Gewerkschaftsbund C.G.T.<sup>1</sup> ist das ganz anders. Diese Gremien bestehen aus „Berufspolitikern“, meist bezahlten Verwaltungsbeamten. Und diese können sich solchen wilden Bewegungen nicht einfach anschließen.

Als der Streik am Montag, dem 21. November, ausbrach, hielt die CGT bereits am Dienstag eine Sitzung des Exekutiv Ausschusses ab. In den Debatten wurde die ziemlich allgemeine Meinung deutlich, dass so schnell wie möglich ein Generalstreik gegen die „Notverordnungen“ ausgerufen werden sollte. Die Haltung der Eisenbahnergewerkschaft war jedoch noch ungewiss, so dass die C.G.T. am Freitag erneut darüber beraten wollte. Die Eisenbahner beschlossen nun, sich dem Streik anzuschließen, und so wurde am Freitag, dem 25.

---

<sup>1</sup> C.G.T.: Confédération générale du travail, stalinistische Gewerkschaft in Frankreich.

November, ein allgemeiner Proteststreik für 24 Stunden beschlossen, der am Mittwoch, dem 30. November, stattfinden sollte.

Die zögerliche Haltung der Gewerkschaften, insbesondere der C.G.T., die wilden Bewegungen zu unterstützen, brachte die größte Verwirrung und Zurückhaltung in die Arbeiterklasse. Bereits am Dienstag, dem 22. November, hatte die Metallarbeitergewerkschaft von Valenciennes beschlossen, den Generalstreik zu organisieren. Aber weil die C.G.T. diesen endgültig auf den 30. November festgesetzt hatte, wurde die Bewegung in Nordfrankreich in ihrer Ausbreitung stark behindert, und die 51.000 Männer, die sich bereits im Streik befanden, wurden von der Gewerkschaftsbewegung angesichts der enormen Staatsmacht praktisch isoliert. Die Bergarbeitergewerkschaft beschloss am Donnerstag, den 24. November (nachdem 3.000 Bergleute bereits fünf Gruben besetzt hatten), am nächsten Tag in den Streik zu treten, der auch vollständig durchgeführt wurde. Doch als die CGT am Freitag den Generalstreik für den 30. November beschloss, brach die Bergarbeitergewerkschaft den Streik nach einem Tag ab, so dass die Arbeiter am Montag wieder an die Arbeit gehen mussten. Natürlich kehrten nicht alle von ihnen an ihren Arbeitsplatz zurück. Aber zumindest war die Kampffront durchbrochen. Denn bei solchen Kämpfen zwischen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaft ist jeder einzelne Arbeiter in einem psychischen Konflikt gefangen. Einerseits drängt ihn die Klassensolidarität dazu, eine gemeinsame Klassenfront zu bilden, um seinen kämpfenden Kameraden zu helfen. Auf der anderen Seite verlangt die Gewerkschaft von den Gewerkschaften Disziplin, um den Entscheidungen der Gewerkschaftsführung zu folgen. Und in der gegenwärtigen psychischen Verfassung der Massen ist die gewerkschaftliche Disziplin meist stärker als die Klassensolidarität.

#### WARNSTREIK

Der Generalstreik der C.G.T. sollte nichts anderes sein als ein „Warnstreik von 24 Stunden“.

Darüber hinaus beschloss die CGT, dass am Tag des Streiks keine Besetzungen, Demonstrationen oder Versammlungen stattfinden durften, so die CGT in ihrem „Offenen Brief“ an Minister Daladier:

„Unseren Genossinnen und Genossen sagen wir: Betrachten Sie alle, die Ihnen raten würden, gegen den Beschluss der C.G.T. zu handeln, als Einfaltspinsel oder Provokateure ... Die Arbeit wird am Donnerstagmorgen überall wieder aufgenommen.“

Und in der C.G.T.-Streikresolution (Freitag, 26. November) lesen wir:

„Außerhalb der von den verantwortlichen Organen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes beschlossenen Aktion sollte keine gesonderte Bewegung gestartet werden [...] Unabhängig von den Umständen und Ereignissen muss die Arbeit überall am Donnerstagmorgen, dem 1. Dezember, wieder aufgenommen werden.“

#### DIE NIEDERLAGE

Im weiteren Verlauf des Warnstreiks stellte sich heraus, dass die Massen es nicht wagten, auf dieser Grundlage zu kämpfen. Die Regierung hatte die härtesten Maßnahmen gegen die Streikenden geplant. Es war daher absolut sicher, dass dem Streik eine Massenentlassung folgen würde, selbst wenn er zu 100 % durchgeführt würde. Wir glauben jedoch nicht, dass diese Drohung der Regierung die entscheidende Niederlage herbeigeführt hat. Denn während der Zeit der „wilden“ Bewegung hatte die staatliche Gewalt eine gärende Wirkung auf die Massen. Die Bedeutung dieser Kampfformen liegt gerade darin, dass sie eine massenpsychologische Wirkung haben; sie schmieden die Massen zu einer kämpfenden Einheit, zu einer „Schicksalsgemeinschaft“ zusammen; die Massen finden hier die Quelle der Entschlossenheit, des Zusammenhalts und der Abstimmung. Alleinstehend, jeder für sich, eingesperrt in seinem eigenen Haus, ist der Arbeiter nichts.

Die Verbote der C.G.T. hatten also die Wirkung, die Massen wie lose Sandkörner zu zerstreuen, sie in Atome zu zerlegen, d.h. ihre Kampfkraft völlig zu brechen. Es braucht uns daher nicht zu überraschen, dass die Arbeiter unter diesen Umständen in ihrer großen Mehrheit ruhig bei der Arbeit blieben.

#### DUMMHEIT DER C.G.T.?

Es ist sicher, dass das Scheitern des Demonstrationsstreiks auch eine schwere Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung ist, eine Niederlage, die sie sicher nicht gewollt hat. Aber die C.G.T. konnte kaum anders handeln, denn sie muss um ihre Existenz kämpfen, indem sie ihre Front sowohl gegen die Besitzerklasse als auch gegen die Arbeiterklasse richtet. Die Gewerkschaftsbewegung kann nur existieren, wenn sie ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen kann. Diese Funktion besteht darin, als Vermittler zwischen Kapital und Arbeit zu fungieren, um das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft zu gewährleisten. Dies setzt in erster Linie voraus, dass sich die Massen ihrer Führung unterordnen. Wenn immer wieder

Bewegungen ausbrechen, verfehlt die Vermittlung der Gewerkschaftsbewegung ihren Zweck. Der angestrebte Betriebsfrieden wird jedes Mal gestört, und die Bourgeoisie wird die Sicherung von „Ruhe und Ordnung“ direkt in die Hand nehmen müssen, ohne den Umweg über die Gewerkschaftsbewegung zu gehen.

Aus diesem Grund hat die C.G.T. das Verbot von Besetzungen, Demonstrationen und Versammlungen am Tag des Generalstreiks eingeführt. Und gleichzeitig erreichte sie mit diesem Streik, dass die gesamte wilde Bewegung mit einem Schlag zerstört wurde, indem sie verfügte, dass alle Streiks am 1. Dezember abgebrochen werden mussten. So gesehen ist der Generalstreik vom 30. November nichts anderes als ein *gegen die Arbeiterklasse gerichteter Kampf* der Gewerkschaftsbewegung um ihre Existenz.

Aber dieser Kampf gegen die wilden Bewegungen ist ein zweiseitiges Schwert für die Gewerkschaftsbewegung. Die wilden Bewegungen bedrohen ihre Existenz und sind gleichzeitig eine Voraussetzung dafür, um überhaupt irgendeine Bedeutung zu gewinnen oder zu behalten. Wenn die Arbeiterklasse soweit „diszipliniert“ ist, dass außerhalb der Gewerkschaftsbewegung keine nennenswerte Bewegung mehr entstehen kann, mit anderen Worten: wenn die Arbeiterklasse „zu Tode diszipliniert“ ist, wird die Existenz der Gewerkschaftsbewegung für die besitzende Klasse überflüssig und sie kann sich ihrer entledigen, ohne dass ein einziger Arbeiter einen Finger rührt, um die Gewerkschaftsbewegung zu „retten“. Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei haben dies bewiesen. Wenn die Arbeiterklasse von der Gewerkschaftsbewegung zu Tode diszipliniert worden ist, braucht die Bourgeoisie keine weitere Vermittlung mehr, und die Gewerkschaftsbewegung muss damit rechnen, dass die Bourgeoisie die Vermittlung durch eine „Arbeitsfront“, d.h. mit faschistischen Mitteln, herbeiführt.

Daher ist die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung ein hoffnungsloser Fall. Je mehr die sozialen Spannungen in der Gesellschaft zunehmen (und dieser Prozess schreitet schnell voran), desto unsicherer wird ihre Existenz. Im Moment versucht sie noch, die entstehenden Arbeiterbewegungen zu brechen, um ihre Existenzberechtigung zu beweisen. Gelingt ihr das nicht, wird die Bourgeoisie sie auflösen. Gelingt ihr dies, ist die Zeit für den Faschismus umso reifer, da insbesondere in Frankreich Sparmaßnahmen und die Erhöhung des Arbeitstempos durch die „Arbeitsfront“ leichter durchgesetzt werden können als über die Gewerkschaftsbewegung.

Wie auch immer man die Situation der französischen Gewerkschaftsbewegung betrachtet, der Weg zur Faschisierung scheint ziemlich sicher. Inwieweit die französische Arbeiterklasse in der Lage sein wird, ihn zu bekämpfen, wird davon abhängen, wie viel sie aus dem Generalstreik vom 30. November gelernt hat.

---

„[...] in der kapitalistischen Gesellschaft ist nichts sakrosankt, alle Errungenschaften, alle Institutionen der Ausgebeuteten, ja ihre Freiheit, ihr Leben können geraubt und zerstört werden, der revolutionäre Kampf muss seine Flut und Ebbe haben [...]“. Angelica Balabanoff<sup>2</sup>.

## DER PROZESS GEGEN DIE P.O.U.M.

Die Redakteure stellen dieses Material nicht zusammen, um sich mit der P.O.U.M. zu solidarisieren<sup>3</sup>. Es wird veröffentlicht, weil der Prozess eine Phase in der Entwicklung der spanischen Republik während des Bürgerkriegs beleuchtet und die Berichterstattung in der Presse unzureichend war.

*Die Partei für die Einheit der marxistischen Arbeiter* in Spanien, abgekürzt P.O.U.M., entstand aus der trotzkistischen Strömung innerhalb der kleinen spanischen Kommunistischen Partei, die bis zum Eingreifen der russischen Regierung in den Bürgerkrieg keinen besonderen Einfluss auf die Entwicklung der Arbeiterklasse in Spanien hatte. Im Jahr 1931 spaltete sich die Partei in drei sich heftig bekämpfende Gruppen. Eine von ihnen schlug Trotzki als Kandidaten für die Wahl der Cortes vor<sup>4</sup>. Diese Gruppe verließ noch im selben Jahr die C.P. Spanien und gründete den Katalanischen Arbeiter- und Bauernblock unter der Führung von Maurin<sup>5</sup>, der die wichtigsten katalanischen kommunistischen Kräfte hinter sich hat.

---

<sup>2</sup> Angelica Balabanoff (1877-1965). In der Ukraine geboren, lebte und arbeitete sie später in Deutschland, der Schweiz und Italien. Sie äußerte sich als Kommunistin kritisch gegenüber den Entwicklungen in der Sowjetunion.

<sup>3</sup> P.O.U.M.: Partit Obrer d'Unificació Marxista, in Katalonien während des Spanischen Bürgerkriegs, mit trotzkistischer Ausrichtung

<sup>4</sup> Cortes: das spanische Parlament

<sup>5</sup> Joaquin Maurin, führendes Mitglied der POUM (1896-1973)

1935 vereinigt sich der Arbeiter- und Bauernblock mit der trotzkistischen Fraktion, die seit 1931 von Nin<sup>6</sup> organisiert und geleitet wurde. Diese neue Partei, die P.O.U.M., stellt nur eine relativ schwache Strömung in der katalanischen Arbeiterbewegung dar, die größtenteils von der anarchistischen Gewerkschaftsbewegung (C.N.T.) beeinflusst wurde. Dennoch ist sie die einzige marxistische revolutionäre Partei in Katalonien. Sie arbeitet nach bolschewistischen Organisationsprinzipien, lebt in den Vorstellungen der leninistisch-trotzkistischen Partei- und Klassenkampfstrategie und steht der „Liga der Kommunistischen Internationalisten“, der Vierten Internationale Trotzki, nahe.

Als sie sich bei den Cortes-Wahlen im Februar 1936 mit der Spanischen Volksfront zu einem Wahlbündnis zusammenschloss, um sich einen Sitz zu sichern, erklärte das Sekretariat der Vierten Internationale, dass „die L.K.I. keine Verantwortung für diese Politik übernimmt, derer sich auch ihre früheren spanischen Unterstützer in der Partei der Marxistischen Einheit schuldig gemacht haben. Gleichzeitig versichert Trotzki (Unser Wort, Mitte Februar 1936): „Es wird zweifellos ehrliche Revolutionäre in Spanien geben, die den Verrat von Maurin, Nin, Andrade und Co. unbarmherzig aufdecken und den Grundstein der spanischen Sektion der Vierten Internationale legen werden.“

Bei Ausbruch des Bürgerkriegs im Juni 1936 hat die P.O.U.M. etwa 15.000 Mitglieder. Sie kontrolliert die „Gewerkschaft der Landwirte“ mit 20.000 Mitgliedern. Darüber hinaus besteht eine enge Verbindung mit dem iberischen kommunistischen Jugendverband.

Im November beruft die P.O.U.M. eine Konferenz verschiedener Organisationen [zwischen den beiden Internationalen] ein, die sich in Brüssel zu einem Protest gegen den ersten großen Moskauer Prozess versammeln. Anschließend findet in Barcelona eine Konferenz der gleichen Organisationen statt, auf der in London das „Büro der sozialistisch-revolutionären Einheit“ gegründet wird (I.L.P. England, P.O.U.M. Spanien, S.A.P. Deutschland, R.S.A.P. Holland). (Material: Dr. Henry in einem Artikel in „Der Klassenkampf“ (Seydewitz), 15. Oktober 1931; Generalaufstand und Imperialismus, Material der S.A.P., September 1936).

## DIE POLITISCHE LINIE DER P.O.U.M.

„Wiederholt haben wir erklärt, dass die proletarische Revolution ohne eine starke revolutionäre Partei in den betreffenden Ländern nicht erfolgreich sein kann. Auch kann die Revolution nicht ohne eine revolutionäre Internationale gelingen [...] die 2. und 3. Internationale haben völlig versagt“ (Informationen der P.O.U.M., Nr. 1, August 1936).

„Warum bekämpft man uns [...]? Denn angesichts der unnatürlichen und unfruchtbaren Kombination der offiziellen Kommunisten, Sozialisten und Republikaner waren wir die einzigen, die den wahren Klassengeist, den Geist des Oktober 1917, vertraten. Wir haben immer gesagt, dass die Frage in Spanien und in der Welt nicht bürgerliche Demokratie oder Faschismus ist [...], sondern Revolution oder Konterrevolution, Sozialismus oder Faschismus. Was wir forderten, war eine revolutionäre, unabhängige Politik der Arbeiterklasse und die Einheit der Aktion im Rahmen einer revolutionären Arbeiterkonföderation, mit dem Ziel, den Faschismus zu besiegen und die proletarische Revolution zum Sieg zu führen.“ (Informationen aus der P.O.U.M., Nr. 2, Anfang September 1936).

## DIE TEILNAHME DER P.O.U.M. AM BÜRGERKRIEG

Am 18. Juli bereiten sich die P.O.U.M., die Iberische Kommunistische Jugend und die von ihnen beeinflussten Organisationen auf den Kriegszustand vor. Die Kämpfer der P.O.U.M. fielen in der ersten Schlacht gegen die aufständische Armee in allen großen Städten Spaniens: Lerida, Gerone, Barcelona, Valencia, Badajoz, Madrid usw.

Die Zahl der in den ersten Wochen getöteten P.O.U.M.-Kämpfer stieg auf mehrere Dutzende. Nach der Niederlage des Faschismus in den Großstädten organisiert die P.O.U.M. ihre Bataillone unaufgefordert und schickt in den ersten Wochen 15.000 Kämpfer aus den Reihen ihrer Mitglieder und Anhänger an die verschiedenen Fronten. Sie nahm aktiv an der Verteidigung von Badajoz teil; eine ganze motorisierte Kompanie der P.O.U.M. wurde bei der Verteidigung von Siguenza zerstört.

In Aragonien drangen die P.O.U.M.-Milizen bis nach Lecinena, wenige Kilometer vor Saragossa, und sogar bis vor die Tore von Huesca vor.

Am 19. Juli nahmen aktive Mitglieder der P.O.U.M. am Aufstand vom Oktober 1934 und am Aufstand von Galan im Dezember 1930 teil.

---

<sup>6</sup> Andrés Nin (1892-1937), Mitbegründer der POUM. Er wurde wahrscheinlich im Gefolge der Maiereignisse in Barcelona von Stalinisten ermordet.

Die meisten Mitglieder der P.O.U.M. wurden aufgrund ihrer revolutionären Aktivitäten inhaftiert.

Vor dem 19. Juli stellte die Madrider Regierung praktisch ihre Tätigkeit ein, ebenso wie der Generalrat. Die Arbeiterklasse organisierte aus eigener Kraft den Kampf gegen den Faschismus und für die Errichtung eines neuen Lebens auf sozialistischer Grundlage.

In Katalonien, wo die P.O.U.M. den größten Einfluss hatte, organisierte sie sofort ihre Bataillone und arbeitete sowohl im Zentralkomitee der Miliz als auch im Betriebsrat mit. Sie nahm an allen lokalen revolutionären Komitees teil und arbeitete aktiv an den Volksgerichten mit (*Autour du Proces du P.O.U.M.*; Broschüre der Independent News, Paris, Oktober 1938, S. 8).

## DER MAI-KAMPF

Der Mai-Kampf war das Ergebnis von Spannungen innerhalb der spanischen Republik.

Als der Bürgerkrieg ausbrach, gerieten die Arbeiter- und Bauernmassen Kataloniens in einen Prozess der sozialen Revolution, während die Kräfte hinter der Zentralregierung für die bestehenden sozialen Verhältnisse kämpften.

Mit der Umwandlung des Bürgerkriegs in einen Interventionskrieg gewannen die Vertreter der sowjetischen Regierung erheblichen Einfluss auf die Innenpolitik der Spanischen Republik, in der sich infolgedessen die Kommunistische Partei unter dem stetigen Zustrom konservativer kleinbürgerlicher Schichten rasch entwickelte. In Katalonien, vertreten durch die neue P.S.U.C.<sup>7</sup>, wurde sie zum stärksten Verfechter einer Zentralisierung der kollektiven öffentlichen Macht, der Unterwerfung der *militianos* unter die Militärdisziplin und der Eindämmung der spontanen Sozialisierungsmaßnahmen der Massen.

Die Anarchisten schlossen einen Burgfrieden mit den anderen Parteien, ohne die soziale Initiative der Massen in Katalonien zu behindern.

Auf diesem Boden tobte der härteste Parteikampf, in dem die Kommunistische Partei der rechtsextreme und die P.O.U.M. der linksextreme Flügel war. Während die P.O.U.M. an den Grundsätzen der frühen Tage der bolschewistischen Politik festhielt, verkörperte die Kommunistische Partei das, was diese Politik schließlich wurde. Beide sorgten dafür, dass der Konflikt in Katalonien, der sich als Zusammenstoß zwischen den sozialistischen und konservativen Kräften des Landes entwickelte, so scharf wie möglich fokussiert wurde.

Der Verlauf dieser Auseinandersetzungen ist durch eine Reihe von Fakten gekennzeichnet, die nach sorgfältiger Prüfung der oft widersprüchlichen Berichte aus allen Richtungen als bewiesen gelten können:

1. Der Ausbruch der Kämpfe war eine spontane Folge der Tatsache, dass die valencianische Regierung die katalanischen Milizen von den politischen Fraktionen trennen und dem zentralen Militärkommando unterstellen wollte. In Übereinstimmung mit dieser Regierungsabsicht erhielten die Arbeiterausschüsse von Barcelona den Befehl, ihre Waffen an den Ordnungsdienst der Polizei zu übergeben, der unter kommunistischem Kommando stand. Dies wurde abgelehnt.
2. In dieser angespannten Situation ordnete die Generalidad am 3. Mai die Räumung der Telefonzentrale von Barcelona an, die als Privatbetrieb nach dem allgemeinen Aufstand von den C.N.T.-Arbeitern übernommen worden war. Der Angriff der Polizeikräfte auf die Telefonzentrale führte zu einem heftigen bewaffneten Widerstand, der sich spontan in der ganzen Stadt ausbreitete und Hunderte von Menschenleben kostete.
3. Diese Abwehrbewegung zog breite Schichten der anarchistischen Massen an, die in der „direkten Aktion“ geschult waren; alle Presseberichte, mit Ausnahme derjenigen der Kommunisten, sprachen nur von einem „anarchistischen Aufstand“. Die C.N.T.-Führung war jedoch von Anfang an bestrebt, den Konflikt durch Verhandlungen mit den sozialistischen Gewerkschaften und der Generalidad zu lösen und die Massen über Radio und Presse zur Beendigung des Kampfes zu bewegen. Die anarchistischen Minister der Zentralregierung kamen nach Barcelona, um zu vermitteln.
4. Neben der kleinen anarchistischen Organisation „Durutti“ unterstützte auch das Zentralkomitee der P.O.U.M. die Kämpfer aktiv, um eine Entscheidung im Sinne ihres politischen Programms zu erzwingen: „Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung“. Eine anarchistische sowie die P.O.U.M.-Division verließen nach Bekanntwerden der Schlacht vorübergehend die Front, an der im Übrigen keine Kampfhandlungen stattfanden.
5. Die Zentralregierung erklärte am 4. Mai, dass sie in Katalonien selbst für Ordnung sorgen werde. 5.000 Sturmtruppen und zwei motorisierte Kompanien aus Valencia wurden zu diesem Zweck abkommandiert.

---

<sup>7</sup> P.S.U.C.: Partit Socialista Unificat de Catalunya; der katalanische Zweig der 3. Internationale

Der militärische Oberbefehl in Katalonien wurde General Pozas anvertraut<sup>8</sup>, der auch die entscheidenden Aktionen gegen die Aufständischen an der aragonischen Front durch seine Truppen mit großer Strenge leitete. Pozas ist ein ehemaliger Monarchist, der im Oktober 1934 an der Seite von General Batet<sup>9</sup> die aufständischen Arbeiterbewegungen in Barcelona unterdrückte. Nach der Niederschlagung des Aufstandes von Barcelona im Mai 1937 wurde er Befehlshaber der gesamten Aragonienfront. Er ist derzeit unter dem Vorwurf der Sabotage der Verteidigung der Aragón-Front inhaftiert.

6. Dank der Intervention der anarchistischen Organisationen endeten die katalanischen Zusammenstöße mit einem Kompromiss. Die anarchistische Besetzung der Telefonzentrale erklärte sich bereit, dieses Gebäude unter der Bedingung zu räumen, wenn es nicht von der Polizei besetzt wird. Die P.O.U.M.-Organisation arbeitete vorerst weiter; ihre Zeitung „Batalla“ erschien, wenn auch wegen der Zensur mit Leerstellen. Das lokale Komitee der P.O.U.M. von Badalona (in der Nähe von Barcelona) protestierte in dieser Zeitung offen gegen die Unterstellung, es habe sich nicht aktiv am Kampf beteiligt. Der Waffenstillstand führte in der Zwischenzeit zu einer raschen Umsetzung der Entwaffnungsaktion gegen die Arbeiter im Hinterland, zur Militarisierung und zum Verbot politischer Aktionen durch die Miliz, zur Unterdrückung der P.O.U.M., zur Zerschlagung der katalanischen Autonomie und zu einer immer stärkeren Kontrolle der von den Arbeitern übernommenen Betriebe durch direkte staatliche Maßnahmen, die nur möglich geworden war, weil die Regierung Caballero aufgrund der Aktion der Kommunistischen Partei zurücktreten musste.

## DIE KOMMUNISTISCHE LESART DER MAI-EREIGNISSE

Das Zentralkomitee der „Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens“, der P.S.U.C., die der Komintern angehört, erklärte, dass die ganze „trozkistische Mordhetze“ und die Schreie der „Konterrevolution“ „bewusste Lügen“, „bewusste Provokation“ und „bewusster Dienst am Faschismus“ seien. Die P.O.U.M. soll ihre Waffen für den „Kampf gegen das antifaschistische Volk, für die Provokation der Bauern und des Mittelstandes“ eingesetzt haben. Es sei notwendig, „mit den Provokateuren und den trozkistischen Agenten Francos im Hinterland fertig zu werden“ (*Rundschau*, Nr. 22, 1937).

Am 9. Mai 1937 warf der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, Diaz, in einer Rede in Valencia den nichtkommunistischen Mitgliedern der Zentralregierung vor, den Ereignissen von Barcelona ihre Bedeutung „rauben“ zu wollen: „Wenn man die Aktionen der ‚Trozkisten und Unkontrollierbaren‘ mit Sand bestreuen wollte, wäre dies nichts anderes als eine Umarmung der Faschisten.“ [...] „Diejenigen, die mit Schwäche und oft mit Feigheit handeln, verdienen es nicht, an dem Ort zu stehen, von dem aus man gegen die fünfte Kolonne vorgehen muss.“ (*Rundschau*, Nr. 22).

Frank Pitcairn schrieb am 13. Mai 1937 in der *Rundschau*, Nr. 20:

„Wir wissen jetzt, dass die deutschen und italienischen Agenten, die nach Barcelona strömten, um den berüchtigten Kongress der IV. Internationale „vorzubereiten“, eine wichtige Aufgabe hatten. Sie sollten in Zusammenarbeit mit den örtlichen Trozkisten eine Situation der Unordnung und des Blutvergießens vorbereiten, die es den Deutschen und Italienern ermöglichen würde, zu erklären, dass sie angesichts der in Barcelona herrschenden Unruhen nicht in der Lage seien, ‚die Küsten Kataloniens ordnungsgemäß zu kontrollieren‘, und dass sie es daher nicht versäumen könnten, Truppen in Barcelona zu landen. Das Instrument, das die Deutschen und Italiener zur Verfügung hatten, war die trozkistische Organisation P.O.U.M.“.

## DIE ANKLAGESCHRIFT

Die Anklageschrift im Barceloner P.O.U.M.-Prozess hat als wesentlichen Inhalt:

„Die P.O.U.M. vertrat in ihrer Propaganda die These von der Auflösung der Republik und ihrer demokratischen Regierung auf dem Weg der Gewalt und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, die von einer Regierung der Arbeiter und Bauern ausgeübt würde, die logischerweise in den Händen der Mitglieder der P.O.U.M. läge.“

Der Partei wurde vorgeworfen, dass ihre Angriffe auf die Institutionen der Republik „mit den Momenten zusammenfielen, in denen die interne und internationale Situation Spaniens am schwierigsten war“. Durch die Provokation der Kämpfe, die vom 3. bis 7. Mai 1937 in Katalonien stattfanden, hätte sie ihr Ziel erreicht.

---

<sup>8</sup> Sebastián Pozas Perea, spanischer General der Zweiten Republik. Er organisierte die Verteidigung vor den Franco-Truppen vor Madrid. (1876-1946)

<sup>9</sup> Domènec Batet, spanischer General der Zweiten Republik. Nach der Gefangennahme wurde er auf Anordnung Francos hingerichtet. (1872-1937)

Kurz nach dem Aufstand in Barcelona wurde angeblich eine faschistische Spionageorganisation in Madrid aufgedeckt, wo ein Plan von Madrid gefunden wurde, auf dessen Rückseite mit unsichtbarer Tinte eine Nachricht an einen Hauptmann der Rebellenarmee geschrieben war. Der Auftrag an „unsere Leute“, die Reihen der Extremisten, Anarchisten und der P.O.U.M. zu durchdringen, soll „mit gutem Erfolg“ ausgeführt worden sein. Um diesen Auftrag auszuführen, hätte der Verfasser in Barcelona mit dem aktiven Mitglied der P.O.U.M. „N“ gesprochen, der vor allem die Stärkung der P.O.U.M.-Aktion versprochen hätte. Das Dokument wäre dann zwischen dem vierundzwanzigsten und dem achtundzwanzigsten April 1937 erstellt worden.

In der Anschuldigung heißt es weiter, die P.O.U.M. sei eine Partei, „die durch ihr Executive Komitee im Dienste der verräterischen Generäle und der totalitären Staaten steht, die in unser Vaterland eingedrungen sind“. Um diese Anschuldigung zu untermauern, wurde außerdem auf die „allgemeinen Ähnlichkeiten“ verwiesen, die zwischen den Aktionen bestimmter faschistischer Spionageorganisationen und denen der P.O.U.M. festgestellt werden konnten. Angeblich wurde Nin am 16. Juni 1937 in Madrid aufgrund dieser gefundenen Dokumente verhaftet. In der Anklageschrift wird nicht unbedingt behauptet, dass Nin mit dem „N“ auf der Rückseite des Madrider Stadtplans identisch ist, aber es wird behauptet, dass seine Anwesenheit in Madrid mit den in diesem Plan genannten Zwecken zusammenhing. Es wurden auch weitere Spionageunterlagen gefunden. All dies wird angeblich nicht nur durch die Geständnisse der Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter, sondern auch „vor dem Gericht“ selbst bewiesen (Anmerkung: Die Anklageschrift wurde vor Beginn des Prozesses verfasst!).

Nin soll am 22. Juni mit Hilfe von mehreren Personen aus Alcala de Henares geflohen sein. In seiner Abwesenheit wurde er beschuldigt, „trotz polizeilicher Ermittlungen nicht auffindbar zu sein“. Den anderen Angeklagten wurden dieselben Straftaten wie Nin vorgeworfen und sie wurden auch beschuldigt, Geld und Wertgegenstände ins Ausland geschmuggelt zu haben. Sie wurden auch beschuldigt, unter dem Deckmantel „internationaler Soldaten“ eine „Schar ausländischer Abenteurer“ rekrutiert zu haben, die aufgrund eines an Sicherheit grenzenden Verdachts und teilweise aufgrund von Beweisen als Agenten der Gestapo und der Oвра, vor allem aber der Gestapo, ausgewiesen wurden. Der Angeklagte Cabré wurde beschuldigt, im November 1936 nach Mexiko gefahren zu sein, um dort für die P.O.U.M. Propaganda zu machen und dafür Geld zu erhalten.

(Zusammenfassung der wesentlichen Punkte der Anklageschrift unter Auslassung von Einzelheiten. Der vollständige Text der Anklageschrift ist in den Ausgaben vom 3. und 11. November 1938 in der *Rundschau* zu finden).

Das Schicksal des Hauptangeklagten, André Nin, ist noch nicht vollständig geklärt. Am 18. Juni 1937 veröffentlichte die Polizei das Dokument „N“, das Beweise für die Spionagetätigkeit der P.O.U.M. enthalten sollte. Am 25. Juni berichtete die *United Press*, dass bereits 300 führende Mitglieder der P.O.U.M. verhaftet worden seien. Unter ihnen ist Nin, der Generalsekretär dieser Partei. Seine Verhaftung erfolgte in Valencia auf Anordnung der „stalinistischen“ Sicherheitspolizei ohne Wissen des Innenministers. Am 5. August 1937 erklärte der spanische Justizminister, dass Nin nicht auf der Liste der im Zusammenhang mit dem Maiaufstand verhafteten Personen stehe.

„Es ist festgestellt worden, dass Nin [...] verschwunden ist. Alle Ermittlungen blieben erfolglos. Der Prokurator der Republik hatte das Spionagegericht angewiesen, von weiteren Ermittlungen abzusehen.“ (Havas, 5. August 1937)

Das *Oeuvre* behauptet, Nin wäre beim Verlassen des Madrider Gefängnisses aus einem vorbeifahrenden Auto heraus mit Maschinengewehren erschossen worden.<sup>10</sup>

Zwei internationale Kommissionen, die im selben Monat nach Spanien reisten und deren Mitglieder unter anderem aus der britischen und französischen linken politischen Bewegung stammten, konnten unter Mitwirkung einiger spanischer Minister nur zu dem Schluss kommen: „Man kann seine Spur durch mehrere private Gefängnisse der Kommunistischen Partei verfolgen, vor allem die von Atocha und Pardo, in Madrid wurde er schließlich in eine Villa in der Nähe des russischen Flughafens in Alcala de Henares gebracht, wo er verschwand.“ (Die syndikalistische *La Révolution Proletarienne*, Paris, 10. November 1938).

Ein sozialistischer Beamter der Madrider Spionageabwehr, Vasquez, der etwas Licht in die Nin-Affäre bringen kann, wurde abgesetzt und gezwungen, sich zu verstecken, so die zitierte Zeitschrift. Diese Behauptung wurde durch die Aussage des damaligen Justizministers Irajó im P.O.U.M.-Prozess bestätigt.

---

<sup>10</sup> Lt. Wikipedia verstarb André Nin am 20. Juni 1937 bei Madrid.

Die Kommunistische Partei Spaniens behauptet, Nin sei aus dem Gefängnis entlassen worden und halte sich angeblich in Frankreich versteckt. Die Anklage wurde „in Abwesenheit“ gegen ihn erhoben. Er erscheint in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, nicht aber im Urteil des Gerichts.

Die Mitglieder der illegalen P.O.U.M. und alle ihr angeschlossenen internationalen Organisationen behaupten, Nin sei von den spanischen Kommunisten ermordet worden.

Die Berichterstattung über den Prozess in der spanischen Presse wurde nach Angaben der *Independent News* bis zum 25. Oktober 1938 von der Zensur vollständig unterdrückt. Erst die anhaltenden Proteste von Arbeiterparteien, Anwälten, Politikern und Intellektuellen veranlassten die spanische Regierung, die Veröffentlichung der Berichte zu erlauben. Die *Rundschau* hat sich als ein kommunistisches Organ darauf beschränkt, die Anklageschrift und das Urteil des Gerichts zu veröffentlichen.

Die Aussagen der Zeugen wurden in einem ausführlichen Bericht in der anarchistischen *Solidaridad Obrera* vom 26. Oktober wiedergegeben.

Der erste Belastungszeuge, der vernommen wurde, war *Antonio Gordon*. Er ist Oberst, Unterstaatssekretär der Armee und Mitglied der Kommunistischen Partei. Auf Befragen des Staatsanwalts bestätigte er, dass die 29. Division vollständig von der P.O.U.M. kontrolliert wurde und dass in dieser Division regelmäßig faschistische Zeitungen verteilt wurden, die durch ihren Inhalt als solche erkennbar waren. Zwischen der P.O.U.M. und dem Generalstab bestand keinerlei Verbindung. Er bestätigt, dass die 29. Division als Folge der Mai-Ereignisse die Front verlassen und ihr eigenes Regime errichtet hat. Einige Mitglieder des Generalstabs erhielten ständig Briefe, in denen ihr Leben bedroht wurde.

*Jose Luis Coello de Portugal* war während der Monarchie Professor an der Madrider Polizeiakademie. Zurzeit leitet er die Geheimpolizeiabteilung des Verteidigungsministeriums. Er erklärt, dass er den fraglichen Plan, der sich im Besitz der faschistischen Organisation von Madrid befand, nicht gesehen hat. Wenn der Plan von der Geheimdienstabteilung des Ministeriums entschlüsselt wurde, müssen sie denselben Code verwendet haben, den auch die Behörden der Balearen benutzen.

*Virgilio Llanos Artera* ist ein von General Pozas ernannter Kommissar des 12. Armeekorps, der die Militärdisziplinierung in Katalonien und die Niederschlagung der P.O.U.M. durchführte. Llanos ist Mitglied einer kommunistischen Fraktion in der Sozialistischen Partei. Er führte die Maßnahmen gegen die P.O.U.M. in der Militärzone schon vor den Mai-Unruhen durch und erklärt, dass die P.O.U.M. einen großen Einfluss auf die 28. Division der F.A.I. ausübte und sie dazu brachte, sich der 29. Division im Aufstand anzuschließen und die Front zu verlassen. Er behauptet, dass es ein Nichtangriffsabkommen zwischen dieser 29. Division und den Faschisten gab, das so weit ging, dass es zu Verbrüderungen und Überläufen von einer zur anderen kam. Dies wäre durch die Aussagen gefangener Rebellen bewiesen worden. Ein Kommissar, der zur 29. Division geschickt wurde, bestätigte, dass diese Division den Befehl erhalten hatte, den Feind passieren zu lassen. Am Tag nach seiner Meldung wurde dieser Kommissar getötet, zweifellos von Teilen der 29. Division, denn zu diesem Zeitpunkt wurde im Kampf mit dem Feind kein einziger Schuss abgefeuert. Im Gegensatz zu den anarchistischen Truppen galten die der P.O.U.M. als undiszipliniert, verräterisch und rebellisch.

*Joaquim Roca Mir* ist ein faschistischer Spion, der im Oktober 1937 im Zusammenhang mit einem anderen Fall verhaftet wurde. Er tritt als Zeuge der Anklage auf und gibt an, dass er nach seiner Verhaftung achtundvierzig Stunden lang nichts zu essen bekam und dass er von den Polizeibeamten von Riera so verprügelt wurde, dass er alles, was ihm gesagt wurde, erklärte. Vor Gericht und später in einem Brief widerrief er alle seine Aussagen über seine Verbindungen zur P.O.U.M., von der er kein einziges Mitglied kannte. In seinem Koffer wurden Dokumente und die Zeichnungen einer Bombe gefunden, mit der gestempelten Aufschrift „Zentralkomitee der P.O.U.M.“, die Entschlüsselung der Dokumente brachte den Plan für ein Attentat auf Prieto an den Tag. Roca erklärte, dass er die Person, die ihm den Brief und den Koffer übergeben hatte, nicht kenne.

*Martin Rouret*, Unterstaatssekretär der Generalidad und Vorsitzender der Bürgerlich-Republikanischen Partei Kataloniens, erklärt, dass er sich gegen die Behauptung der Staatsanwaltschaft wehren muss, er habe nach den Ereignissen im Mai in einem Telefongespräch mit Valencia die P.O.U.M. als Provokateur der Zusammenstöße bezeichnet. Er fügt hinzu, dass seiner Meinung nach die Polizei durch ihr Vorgehen in der Angelegenheit der Telefonzentrale die Ereignisse im Mai provoziert hat. Er hat keine Kenntnis von Sabotageakten im Telefongebäude.

*Ignac Mantecon*, Mitglied der linksrepublikanischen Partei von Azana, war nach der Auflösung des vom Anarchisten Ascaso geführten Verteidigungsrates Generalgouverneur von Aragonien. Er ließ Ascaso unter dem Vorwurf des Diebstahls verhaften. Während der Maitage war er nicht an der aragonischen Front. Obwohl er es nicht aus eigener Erfahrung weiß, behauptet er zu wissen, dass es einen Nichtangriffspakt und weitere Beziehungen zwischen der 20. Auf ihrem Rückzug verübte diese Division zahlreiche Gewalttaten und Verbrechen gegen Antifaschisten.

*Luis Araquistán*, Vorsitzender des linken Flügels der Sozialistischen Partei und ehemaliger Gesandter in Paris, erklärt, dass er einige der Angeklagten aufgrund ihrer antifaschistischen Aktivitäten gut kennt. Er vermutet, dass die Anschuldigungen gegen die Führer der P.O.U.M. eher auf einem Streit zwischen den Parteien als auf einer tatsächlichen Verbindung zu den Faschisten beruhen.

*Largo Caballero*, Ex-Ministerpräsident, Vorsitzender des linken Flügels der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaft U.G.T., erklärt, dass die Ereignisse im Mai durch den Kampf zwischen den verschiedenen Parteien verursacht wurden. Er bestätigt, dass er als Premierminister unter starkem Druck stand, die P.O.U.M. per Regierungsdekret zu verbieten. Er lehnte es kategorisch ab, in dieser Angelegenheit zu intervenieren. Bezüglich des Telefondienstes erklärte er, dass es von allen Seiten Beschwerden über Verbindungsschwierigkeiten gegeben habe, er glaube aber nicht, dass es zu Sabotage gekommen sei. Er kannte einige der Angeklagten als ehemalige Kämpfer, die er nicht als Faschisten, sondern eher als Unversöhnliche betrachtet.

*Angel Galarza*, Linkssozialist und ehemaliger Innenminister, erklärt ebenfalls, dass die Ereignisse im Mai das Ergebnis des Kampfes zwischen den verschiedenen katalanischen Parteien waren. Er hat keine Kenntnis von Sabotageakten im Telefongebäude von Barcelona. Vor den Ereignissen im Mai soll er keinen Einfluss auf die katalanische Presse gehabt haben, aber er drängte die Beamten der „Öffentlichen Ordnung“ in Barcelona dazu, die Angriffe der P.O.U.M.-Presse gegen die Regierung und die Parteien zu erschweren.

*Cesar Falcom*, Journalist, ehemaliger Mitarbeiter der bürgerlichen Presse, jetzt Mitglied der Kommunistischen Partei, lässt seinen Artikel gegen die P.O.U.M. vorlesen.

*Joaquim Mata*, ein Polizeibeamter im Dienst der spanischen Gesandtschaft in Paris, erklärt, dass Elemente der P.O.U.M. sich mit einem Stempel ausgestattet hatten, um Franco-Banknoten zu stempeln, mit denen sie Waffen usw. kauften. Die P.O.U.M. soll am Schmuggel spanischer Kunstschätze nach Frankreich beteiligt gewesen sein, aber die Anarchistische Föderation soll dies in noch größerem Umfang getan haben.

*Manuel Irujo*, ehemaliger Justizminister und Vorsitzender der baskischen Nationalen Klerikalen Partei, erklärt, er habe alles getan, um den Angeklagten alle rechtlichen Garantien zuzusichern. Während seiner Zeit als Minister beobachtete er Unregelmäßigkeiten seitens der Polizei im Zusammenhang mit dem P.O.U.M.-Fall, wie die Verhaftung von Angeklagten in Barcelona, ihre Überführung nach Valencia und schließlich nach Madrid, um die Spuren ihres Aufenthalts zu verwischen. Das Gleiche soll mit Nin geschehen sein, der in einer privaten Villa statt in einem staatlichen Gefängnis festgehalten wurde. Er kündigte an, dass er diese Unregelmäßigkeiten zu gegebener Zeit vor den Obersten Gerichtshof bringen werde. Er bestätigte, dass der Ermittlungsrichter, der den Fall Nin aufklären wollte, beinahe verhaftet worden wäre und dass die Polizei Methoden anwendet, die große Unregelmäßigkeiten und Missstände aufweisen. Die Polizei soll die Verhaftungen vorgenommen haben, ohne den Innenminister zu informieren. Sie transportierten die Gefangenen von einer Stadt zur anderen, an unbekannte Orte, wo sie manchmal verschwanden, ohne dass es möglich war, dies zu untersuchen.

Zwei *Schriftsachverständige* erklären, dass sie sich nicht für die Echtheit der Dokumente verbürgen können, die als wichtigstes Beweismittel gelten.

*Jose Guarnier Vivancos*, Generalstabschef der katalanischen Regierung und Mitglied des Kriegsgerichts, erklärte, dass er die 29. Division sehr gut kenne und dass sie keine militärischen Unruhen verursacht habe. Er habe nie gehört, dass es einen Nichtangriffspakt zwischen dieser Division und den Rebellen gegeben habe – im Gegenteil hat er vor Gericht die hervorragenden militärischen Leistungen dieser Division erläutert. Er (der Zeuge) habe seinen ständigen Wohnsitz nicht in Aragonien gehabt, sei aber in Ausübung seines Amtes regelmäßig an vielen Orten an dieser Front gewesen. In keiner der Divisionen an der aragonischen Front herrschte eine strenge Disziplin, da es an einer ausreichenden militärischen Organisation fehlte. Er hat gehört, dass die 29. Division während der Mai-Ereignisse an die Front zurückgekehrt ist, mehrere andere Divisionen hatten die Front ebenfalls verlassen, als sie die Nachricht von dem Brudermord in Barcelona erhielten.

*Federica Montseny*, Vorsitzende der anarchistischen Föderation und ehemalige Gesundheitsministerin, erklärt, sie kenne die Angeklagten als ehemalige antifaschistische Kämpfer. Sie war von der Zentralregierung nach Barcelona geschickt worden, um die Mai-Unruhen zu schlichten. Weder die P.O.U.M. noch die C.N.T. oder die F.A.I. tragen die Verantwortung für die Ereignisse, die im Dunkeln vorbereitet wurden, um die Regierung Caballero zu stürzen und das Proletariat zu entmachten. Nach ihrer Ankunft in Barcelona nahm sie an einer Sitzung der Generalidad teil, um die Arbeiter zu beruhigen und zu verhindern, dass der Kampf die von den Provokateuren gewünschten Ausmaße annimmt. Schließlich plädiert sie für den Freispruch des Angeklagten.

*Abello*, Präsident des Obersten Gerichtshofs von Katalonien und Führer der Bürgerlichen Republikaner, kann nicht sagen, ob die P.O.U.M. die Ereignisse im Mai provoziert hat. Die Fehler aller Parteien hätten den Aufstand begünstigt. Er glaubt, dass die P.O.U.M. nur den kleinsten Teil der Teilnehmer an den Maikämpfen

stellte, da die Kräfte der Anarchisten viel größer waren und die P.O.U.M. ohne die Unterstützung der C.N.T. und F.A.I. nichts unternehmen konnte.

## DIE VERTEIDIGUNG

Die Verteidigung der Angeklagten lag in den Händen von Rechtsanwalt Revilla, der die Beweise der Anklage in vier Punkten zusammenfasste:

1. Der Besitz von Flugplatzfotos, die beweisen sollten, dass die P.O.U.M. Spionage betrieben hat.
2. Die Geständnisse der ausländischen Elemente, die sehr höflich gebeten wurden, sich als Gestapo-Agenten zu bezeichnen.
3. Schmuggel von Geld und Waffen, an dem die P.O.U.M. beteiligt gewesen sein soll.
4. Die Verwendung von falschen Schlüsseln und falschen Ausweisen.

Zu *Punkt 1*: Die verdächtigen Fotos sind nach Aussage des Generalstabs völlig wertlos; sie gehörten zu einer Sammlung, die der Ausbildung der Flugschüler diente.

*Punkt 2*: Trotz zahlreicher Anfragen des Untersuchungsrichters konnte die Polizei keinen einzigen Ausländer identifizieren, der etwas mit der P.O.U.M. zu tun hatte und gleichzeitig ein Gestapo-Agent war. Nach vielen Beschwerden erhielt er schließlich eine Liste der Verhafteten, auf der nur ein Ausländer, Simeon Kotscheff, aufgeführt war, der schon vor langer Zeit entlassen worden war, ohne dass man ihm eine Zugehörigkeit zur Gestapo nachweisen konnte oder auch nur daran gedacht hatte, eine solche Anschuldigung zu erheben.

*Punkt 3*: Revilla bestreitet kategorisch, dass die P.O.U.M. Waffen und Geld geschmuggelt hat.

*Punkt 4*: Die Vorlage von falschen „Schlüsseln“ ist nur für die Polizei selbst verdächtig. Der „Plan“ wäre auf Veranlassung eines Polizeispitzels, der wegen des Fluges nach Paris nicht erreichbar ist, zu den Akten gelegt worden. Der „Plan“ wäre bei Golfín (Spion in Madrid) gefunden worden und wäre unbeschrieben gewesen. Obwohl Golfín vor dem Untersuchungsrichter, der das Verhör „bis zum Ende“ führte, die Wahrheit aller anderen Anschuldigungen zugab, die ihn vor das Hinrichtungskommando brachten, leugnete er bis zum Schluss, dass er die Schrift auf der Rückseite des „Plans“ kannte. Castillo, der Polizeispitzel, bestritt ebenfalls, ihn geschrieben zu haben. Aufgrund der vehementen Proteste der Angeklagten (im Madrider Spionagefall) ließ der Richter das Schreiben von Schriftsachverständigen prüfen, die erklärten, dass weder Golfín noch einer der anderen Angeklagten es geschrieben hatte. Der Polizeispitzel Castillo war bei der Verhandlung nicht anwesend.

(Zeugenaussage und Verteidigungsrede, zusammengefasst aus der französischen Übersetzung der Sonderausgabe der *Independent News*, Anfang November 1938).

Das Urteil wird am 20. Oktober veröffentlicht: Vier Angeklagte erhielten 15 und ein Angeklagter 11 Jahre „Absonderung von der sozialen Gemeinschaft“ (d.h. Zwangsarbeit in einem Konzentrationslager). Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht ordnete die Auflösung der P.O.U.M. und der Iberischen Kommunistischen Jugend an.

In der Begründung des Urteils wird der Vorwurf der Spionage nicht erwähnt. Dort heißt es: Das Gericht stellt fest, dass die Mitglieder der P.O.U.M. sich der rebellischen Bewegung angeschlossen haben, die im Mai 1937 in Barcelona durch rebellische Elemente ausgebrochen ist, mit dem Ziel, die sozialistischen Ansichten der P.O.U.M. in sie einzubringen. Diese Mitglieder werden gemäß Artikel 238, Absatz 4, Strafgesetzbuch des Verbrechens der Rebellion für schuldig befunden, da sie versucht haben, das Volk der Autorität der Regierung zu entziehen.

Verurteilt wurden: Gorkin, der Belastungszeuge, Androhar, Cuito und Arquer; freigesprochen: Escuder und Rebull.

## EIN PROTEST

*Joso Rovira*, Mitglied des Zentralkomitees der P.O.U.M., Leiter der 29. Division, stellte sich am 30. Oktober der Polizei. Dieser Schritt ist ein Protest gegen die infamen Anschuldigungen, die im Rahmen des P.O.U.M.-Prozesses gegen ihn erhoben wurden. Die stalinistische Presse behauptete, Rovira und Nin seien auf französisches Gebiet geflohen. Hier ist der prägnanteste Widerspruch!

(Independent News)



## DIE JAPANISCHE ARBEITERKLASSE (Fortsetzung von Nr. 4)

### DIE JAPANISCHEN LÖHNE

Die bloße Angabe der in den verschiedenen Branchen gezahlten Löhne sagt naturgemäß nicht viel aus.

Erstens müssen wir genau wissen, wie viel Lebensmittel für den Lohn gekauft werden können, und zweitens, wie der Lebensstil in einem bestimmten Land ist. Denn wenn wir nur die von der europäischen Arbeiterklasse und den Japanern konsumierten Lebensmittel vergleichen, wissen wir noch nicht viel. Gegenstände, die hier verwendet werden, werden dort nicht verbraucht.

Die folgende Aussage sagt uns also nicht viel.

Löhne (Sen pro Stunde) in:

Textilindustrie	7
Metallindustrie	20
Maschinenindustrie	21
Töpferindustrie	15
Chemische Industrie	15
Holz- und Möbelindustrie	13
Drucken	18
Lebensmittelindustrie	14

(100 Sen = 1 Yen; 1 Yen = 0,45 Fl.).

Andererseits erhält man einen besseren Einblick in die Situation des Proletariats, wenn man die Höhe des gezahlten Lohns (Nominallohn) und die Lebenshaltungskosten vergleicht.

	Nominallohn	Lebenshaltungskosten
1929	100 (Indexzahl)	--
1931	87	94
1933	86	102
1934	88	106
1935	83	110
Dezember 1935	83	111

(The Eastern Survey, 15. Juli 1936)

Aus diesen Indexzahlen lässt sich ableiten, wie viele Lebensmittel die Arbeiter in diesem Zeitraum für ihren Lohn tatsächlich kaufen konnten. Wenn im Jahr 1924 der Reallohn auf 100 festgesetzt wird, wäre dies für:

1931	116
1933	107
1934	107
1935	99
Dezember 1935	97

Dies zeigt, dass die japanischen Arbeiter 1935 immer noch unter dem Niveau von 1924 lebten.

Aber selbst mit diesen Zahlen haben wir noch keinen Durchschnittswert für den Lebensstandard des japanischen Proletariats erhalten.

Denn die in den obigen Ausführungen genannten Löhne werden nur in *Fabriken*, d. h. in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten, gezahlt. Und nur diese sind, wie wir wissen, registriert. Über die viel niedrigeren Löhne, die in den Zehntausenden von kleineren Betrieben gezahlt werden, sind wir völlig im Unklaren. Die

oben genannten Indizes gelten daher nur für etwa 50 % des Proletariats, da, wie wir bereits gesehen haben, fast die Hälfte der Arbeiter in kleinen Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten arbeitet.

Die verstärkte Ausbeutung lässt sich an den folgenden Daten ablesen:

Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Jahresproduktion pro Arbeiter in verschiedenen Branchen.				
Jahr	Textilindustrie		Steinkohlebergwerke	
	Arbeitsstunden pro Tag	Jahresproduktion pro Arbeiter (in 1000 yards)	Arbeitsstunden pro Tag	Jahresproduktion pro Arbeiter (in Tonnen)
1922	11	18	-	111
1923	11	20	-	104
1924	11	20	-	120
1925	11	21	-	124
1926	11	22	-	134
1927	10	25	-	140
1928	10	31	-	142
1929	10	35	-	150
1930	10	39	10	153
1931	8,30	49	10	181
1932	8,30	50	10	218

Die Zunahme der Ausbeutung ist auch aus den folgenden Daten ersichtlich:

Jahr	Anzahl der Arbeiter	Produktionswert (in 1000 Yen)	Anteil pro Arbeiter am Produktionswert
1932	1.057.775	3.331.343	3149 Yen
1933	1.139.203	4.401.450	3864 Yen
Anstieg in %	7,7%	32,1 %	22,6 %

Bei einem Anstieg der Zahl der Beschäftigten um 7,7 % konnte die Produktion um 32,17 % gesteigert werden. In einem Jahr *stieg* also *die* Produktion pro Arbeiter bei etwas mehr als einer Million Beschäftigten um 22,6 %.

## DER JAPANISCHE ARBEITER ALS „KAPITAL“

Angesichts dieser Ausbeutung ist es verständlich, dass M. Fernand-Maurette, stellvertretender Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, im April 1934 erklärte, der japanische Arbeiter sei „das wertvollste Kapital der japanischen Nation“.<sup>11</sup>

Solange sie das „wertvollste Kapital“ bleiben kann, ist die herrschende Klasse stolz auf „ihre“ Arbeiter, solange Asahi (*Das Geheimnis der japanischen Handelsexpansion*), der in seinem Buch eine außerordentlich brutale und selbstsichere bürgerliche Offenheit an den Tag legt, sagt, dass der japanische Arbeiter: „von Natur aus fleißig in der Arbeit und genügsam im Lebensstil ist [...]“ (S. 49).

Der japanische Arbeiter, so behauptet Asahi, versucht, immer besser und immer mehr zu produzieren als sein Kollege in der Fabrik. Als Mitglied der Nation würde er es bedauern, wenn Japan im weltweiten industriellen Wettbewerb ins Hintertreffen geraten würde. Deshalb macht sich der Unternehmer diese

<sup>11</sup> L. Jaquet, Die Industrialisierung Japans im Zusammenhang mit der japanischen Handelsexpansion nach N.I. [Niederländisch-Ostindien]

Eigenschaft natürlich direkt zunutze. – Er fördert diese „nationale Eigenschaft“, indem er Preise vergibt, wenn die Arbeiter im Arbeitsprozess Verbesserungen feststellen. Und schließlich wird der faule Arbeiter „immer als unnützes Geschöpf angesehen“. „Niemand lobt ihn für seine Faulheit.“ Im Gegenteil: „Wer in kurzer Zeit viel Gutes leisten kann, wird eher gelobt als kritisiert.“

So schreibt Asahi.

## DIE STREIKS

Natürlich sprechen die Streiks eine andere Sprache, auch wenn sie nach euro-amerikanischen Maßstäben nicht viele Arbeiter betreffen. Aber angesichts der sozialen Verhältnisse, die wir zuvor skizziert haben, ist das verständlich.

Obwohl es sich bei diesen Streiks nicht um die millionenschweren Bewegungen handelt, wie wir sie in Amerika, Frankreich und Deutschland kannten, übertreffen die japanischen Streiks an Heftigkeit und Stärke bei weitem die schwachen, regulierten Streiks der reformistischen Bewegungen.

Wir verzichten auf die erbitterten Streiks vor dem Weltkrieg und werfen nur einen flüchtigen Blick auf die Nachkriegstreiks.

In Solidarität mit den Reisunruhen von 1918 und im Zusammenhang mit den schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen brachen unter den Bergarbeitern von Tokuoka und Jumagutschi Streiks aus, die nur mit massiver militärischer Gewalt niedergeschlagen werden konnten. Im Jahr 1919 gab es 497 Streiks mit rund 50.000 Teilnehmern. Von den 27.000 Beschäftigten in den Militärwerkstätten traten 10.000 in den Streik. Die *Kawasahi-Werft* in Kobe wurde 1919 teilweise besetzt, und die anderen Arbeiter leisteten passiven Widerstand. Diese Methode hat „Schule gemacht“. Damit wurde der 8-Stunden-Tag für knapp 100.000 Arbeiter eingeführt. Und so geht es weiter. 1925 große Streiks bei der *Firma Fuji* (Spinnereien und Webereien). Die folgenden Forderungen wurden gestellt:

1. Das Recht, nach Hause zu gehen, wenn ein Todesfall in der unmittelbaren Familie eintritt.
2. Das Recht, Besuche von nahen Verwandten zu empfangen.
3. Der Lohn darf nicht ohne die Zustimmung der Mädchen an die Eltern überwiesen werden.
4. Täglich eine Fleisch- oder Fischmahlzeit.
5. Das Recht, Mitglied der Gewerkschaftsbewegung zu werden.
6. Wiedereinstellung von 16 entlassenen Mädchen.

„Als die Streikenden vor dem Werkstor demonstrierten, gelang es 40 der Mädchen, die in die Kaserne geschickt worden waren, den Ring von 200 Werkspolizisten zu durchbrechen, die von der Werksleitung dafür bezahlt werden, niemanden ohne Erlaubnis hinein- oder hinauszulassen. Während die Streikenden vor ihren Wohnheimen marschierten, drängten sie sich vor die Gitter und feuerten ihre Kameraden an.“<sup>12</sup>

Dann gab es Kämpfe in *Tsurumi* (zwischen Yokohama und Tokio), wo es viele Werften gibt und wo die Kämpfe mehr als 150 Tote und Verwundete forderten.

Während der Krise von 1930 kam es zu einem Streik in allen Betrieben von *Kanegafouchi*, an dem sich 40.000 Streikende beteiligten. Im Jahr 1932 streikten die U-Bahn-Beschäftigten gegen den Willen der reformistischen Führung. Die Tunnel, Eingänge und Waggonen waren besetzt<sup>13</sup>. Diesen Streiks folgten 1933 Bewegungen und Streiks unter den Arbeitern der Kriegsindustrie, der Metall- und Flugzeugindustrie von *Nogaya*. In den ersten drei Monaten des Jahres 1937 kam es schließlich zu 7791 Streiks, gegenüber 391 im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1936.

Alle diese Streiks werden sehr erbittert geführt. Todesfälle und Verletzungen sind immer der Preis, den japanische Arbeiter zahlen müssen, um ein bisschen mehr Lohn durchzusetzen. Die Streiks in Japan sind, wie wir sehen, keine Streiks mit Hunderttausenden von Arbeitern, sondern sie sind von den Produktionsverhältnissen des Landes bestimmt, klein, aber deshalb nicht weniger mächtig, tief und gefährlich für die Herrschaft der japanischen Bourgeoisie, besonders wenn man die Aufstände der Bauern berücksichtigt.

## GEWERKSCHAFTEN

Die gesamte Gewerkschaftsbewegung hat derzeit etwa 410.000 Mitglieder bei einer Gesamtbevölkerung von 5,5 Millionen. Somit sind 7,4 % organisiert. Die Facharbeiter bilden den wichtigsten Teil der Mitglieder.

---

<sup>12</sup> The Japan Advertiser, April 1921, 1934

<sup>13</sup> Schultze, Japan als industrielle Weltmacht, II., S. 354

100.000 waren Mitglieder der Seemannsorganisation, 40.000 waren Arbeiter in den Arsenalen und 30.000 waren Transportarbeiter. Die Metallarbeiter sind zu 32 % und die Textilarbeiter, hauptsächlich Frauen, zu 1,5 % organisiert.

Im Jahr 1920 gab es etwa 400 Gewerkschaften mit 400.000 Mitgliedern. Gemeinsam bildeten sie die *Yoaikai*, die 1921 in *Nihon Rodo Sodomei* umbenannt wurde, wobei die eine Strömung eine revolutionäre und die andere eine ausgesprochen reformistische Gewerkschaftspolitik verfolgte. Im Jahr 1924 wurde der linke Flügel vertrieben. Dieser gründete 1925 die *Organisation Khiojikai*, die „gegen die Rationalisierung, gegen die kapitalistische Offensive“ kämpfte. Ihre Vertreter wurden oft genug von der Polizei inhaftiert und gefoltert.

Ab 1926 wurden Versuche unternommen, die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu vereinigen. Dies führte jedoch zu nichts. Die Verwirrung nach den Diskussionen wurde noch größer als zuvor, und mit ihr der Terror der Polizei. Die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation setzte ihren Kampf unter dem Namen *Dsenhiou* fort.

Trotz des Streiks von 40.000 Männern in den *Betrieben von Kanegafuchi* wurde die Gewerkschaftsbewegung nicht stärker. Im Gegenteil, neben der *Sodomei* entstand die *Dsenro*, die für eine etwas weniger reformistische Gewerkschaftspolitik eintrat. 1932 schlossen sie sich schließlich wieder zusammen, zeitgleich mit dem Zusammenschluss der beiden sozialdemokratischen Parteien. Diese Einheit kam zum einen durch den Druck der Regierung zustande, die Eroberungen in der Mandschurei gemeinsam zu unterstützen, und zum anderen, um gegenüber den beiden 1932 gegründeten faschistischen Gewerkschaften, der „Japanischen Nationalsozialistischen Arbeiterliga“ und der „Japanischen Industriearmee“, stärker zu sein. Neben diesen beiden faschistischen Organisationen gibt es eine weitere gewerkschaftliche Organisation, die die Versöhnung von Kapital und Arbeit zum Ziel hat und mit einem Kapital von 9 Millionen Yen arbeitet, von denen sieben von den Unternehmern und zwei Millionen von der Regierung bezahlt wurden.

Wie sehr diese Gewerkschaften an den japanischen Imperialismus gebunden sind, zeigt die Tatsache, dass 1932 die Führer der sozialistischen Bauern- und Arbeiterparteien und Gewerkschaften ihre Kollegen im Westen aufsuchten, um sie zu bitten, die Boykottkampagne gegen Japan aufzugeben, und zwar auf Anweisung der japanischen Regierung. Sie erhielten Glückwunschtelegramme des faschistischen Generals Araki für die Durchführung von Sammlungen für die Soldaten an der chinesischen Front.

Wenn sie auf der Seite der Bourgeoisie nachgiebig und willig sind, so sind sie umso härter, grimmiger und unbeweglicher gegen die kämpfenden Arbeitermassen, wenn diese für ihre Interessen eintreten. Streiks jeglicher Art (insbesondere in den Staatsbetrieben) werden von der Führung verhindert. So zum Beispiel der Streik – um nur den wichtigsten zu nennen – der Metroarbeiter im Jahr 1932, als sie gegen den Willen der Führung die Eingänge, Tunnel und Waggons besetzten. Dann 1933 in der Kriegsindustrie, der Metallindustrie in Osaka, den Flugzeugwerkstätten in Nagoya, wo die Streiks von den Führern offen bekämpft wurden. Schließlich wurde 1934 ein neuer Gewerkschaftsverband, der so genannte *Dsenhiou*, gegründet, der überwiegend stalinistisch ausgerichtet ist und als Sammelbecken der verärgerten und von den *Sodomei* enttäuschten Arbeiter betrachtet werden kann.

Im Jahr 1936 wurden *Sodomei* und *Dsenro* unter Ausschluss des stalinistischen *Dsenhiou* vereinigt. Die stalinistische Gewerkschaftsopposition gründete daraufhin eine Partei, die *Moussan-To*, die sich für die Einheitsfront einsetzte.

## DIE POLITISCHEN PARTEIEN

Wie bereits erwähnt, wurden 1926 Versuche unternommen, die Einheit zu erreichen. Dann wurde die „Legale Arbeiter- und Bauernpartei“ gegründet, in der die Stalinisten die Oberhand gewannen. Im selben Jahr verließen die Reformisten die Partei. Nachdem auch diese sich in eine weniger reformistische Partei (die „Japanische Arbeiter- und Bauernpartei“) und einen starken rechten Flügel aufgespalten hatte, entwickelte sich aus letzterer die Soziale Massenpartei (*Siakai Minsouto*), die später (1932) mit der ersteren fusionierte. Es handelt sich um die sozialdemokratische Partei, die sich offen auf die Seite des Imperialismus stellt. Sie befürwortet eine „gesunde“ Arbeiterbewegung, spricht sich für eine „Neuordnung des Kapitalismus“ aus und erklärt, dass der Kaiser über allen Streitigkeiten steht. Im Jahr 1932 liefen viele ihrer Führer zum Faschismus über. Ein gewisser Akamoutsou verließ die Sozialdemokratische Partei und gründete eine faschistische Liga. Die Sozialistische Massenpartei setzte sich aus Bauern, Arbeitern, selbständigen Produzenten, Kleinbürgern, Intellektuellen und Beamten zusammen.

Die Kommunistische Partei wurde 1922 gegründet und setzte sich aus Mitgliedern der „Sozialistischen Liga“ und Anarchisten zusammen. In der Praxis lief ihre gesamte Politik darauf hinaus, eine Einheitsfront zu bilden und für demokratische Rechte zu kämpfen. Insbesondere die Kommunisten und andere linke Organisationen (über die wir bisher kein zuverlässiges Material erhalten konnten) werden massiv verfolgt. Im Jahr 1931 wurden zum Beispiel 7.000 Kommunisten verhaftet. Natürlich sind das nicht alles Stalinisten,

sondern Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die sich auf die eine oder andere Weise gegen das gegenwärtige Regime stellen.

## ZUSAMMENFASSUNG

Neben der allgemeinen Ursache, dass nur 18 % der japanischen Erwerbsbevölkerung in der Industrie beschäftigt sind, sind auch die umfangreiche Haus- und Kleinindustrie, die vorherrschende Bauernbevölkerung, Ursachen für die geringe Kraft, die das japanische Proletariat bisher aufbringen konnte.

Sie allein kann die herrschende Klasse von heute nicht stürzen. Eine revolutionäre Veränderung im heutigen Japan erfordert eine breitere Basis, die neben dem Proletariat aus den Pächtern, Bauern und Halbproletariern auf dem Land besteht.

Diese Massen sind es, die am meisten unter dem Elend und der Ausbeutung leiden. Sie sind diejenigen, die mehr als andere Gruppen in Japan direkt von einer revolutionären Veränderung profitieren würden, die ihnen mehr Raum zum Leben geben würde.

Die „sozialen Unruhen“, wie die japanische herrschende Klasse die heftigen Klassenkämpfe nennt, sind sehr groß (insbesondere unter den Bauern) und vor allem ungerichtet. Es handelt sich meist um spontane Ausbrüche von Bauern und Arbeitern, die fast nur mit militärischer Gewalt unter Kontrolle gebracht werden können.

Der japanische Kapitalismus, der von seinen eigenen Gesetzen zum gewalttätigen Imperialismus in China getrieben wird, kann diese Massen nur kontrollieren, wenn er ihre Grundbedürfnisse befriedigen kann, d.h. wenn er seinen Einflussbereich in China soweit festigen kann, dass eine weitere Industrialisierung und damit die Umwandlung von bäuerlicher in industrielle Arbeit in Japan möglich wird.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die „Lösung“ für den japanischen Kapitalismus gefunden wurde. Im Gegenteil, nicht nur in Japan gehen die Ausbeutung und damit der Klassenkampf in verstärktem Maße weiter, sondern gleichzeitig werden in China Millionen von Bauern zu Industriesklaven gemacht. Auf diese Weise schafft sich der japanische Kapitalismus immer mehr seiner Todfeinde.

